

Sancho Pansas Fixierung auf Autoritäten

Autor(en): **Rüegg, Sonja / Traitler, Reinhild**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **78 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341525>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sancho Pansas Fixierung auf Autoritäten

Lieber Tobias

In Deinem Artikel schneidest Du zwei Themenbereiche an, über die ich gerne bereit bin, mit Dir in der «Roten Revue» zu diskutieren. Zum einen geht es um die Art und Weise, wie die Grundwerte- und Programmdiskussion innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie geführt werden soll. Das andere Thema

Sonja Rüegg

dreht sich um den Streit über den «richtigen» Weg der (europäischen) Sozialdemokratie, konkretisiert in den Positionen des Neoliberalismus, des «Dritten Weges» (Schröder-Blair-Papier) und des vermeintlich «konservativen» Sozi-Traditionalismus. Allerdings bin ich schockiert, zugleich auch traurig und wütend über die unzulässige Art und den verletzenden Ton, mit denen Du die beiden Themenbereiche behandelst: Du zielst nicht auf die Sachen, sondern personalisierst Deinen Missmut und projizierst ihn durch Insinuationen auf Ursula Koch. Dies ist sowohl eines Wissenschaftlers als auch der «Roten Revue» als Theoriezeitschrift unwürdig. Die Publizität wird Dir gewiss sein, für die Sache selbst ist es wenig hilfreich.

Nachstehend möchte ich zeigen, dass Dein Artikel an einem Hauptfehler krankt: Du glaubst offensichtlich nicht an die Kraft und Stärke demokratischer Prozesse, darum bist Du auf verschiedenste Autoritäten fixiert. Das verzerrt Dir völlig die Optik. Es ist symptomatisch, dass Du beim Aufzählen der von der Programmkommission als Arbeitshypothese erar-

beiteten Grundwerte ausgerechnet jenen der «Partizipation» vergessen hast. Du ignorierst auch, dass die Kommission aus vielen selbständig denkenden Menschen besteht, die sich von Ursula in keinerlei Weise manipuliert vorkommen.

Die Grundwerte- und Programmdiskussion: Ein Lehrstück über den Stellenwert von Parteitagebeschlüssen

Die Geschichte der Grundwertedebatte geht weiter zurück als bloss bis zur Wahl der Parteipräsidentin Ursula Koch. Beim Projekt «Grundwertediskussion und Erneuerung des Parteiprogramms» handelt es sich um einen Auftrag aus dem Jahre 1992, erteilt vom «höchsten Organ» der SP, dem Parteitag. Der Antrag wurde gegen den Widerstand der damaligen Parteileitung angenommen. Am Parteitag 1994, anlässlich der Verabschiedung des «Wirtschaftskonzepts», wurde noch einmal betont, die SP Schweiz müsse eine Programmrevision einleiten. Danach herrschte in der parteiinternen Öffentlichkeit Sendepause: Zwar wurde eine Arbeitsgruppe um Hans Zbinden eingesetzt, die sogar einen detaillierten Plan für die Programmrevision ausarbeitete, aber schliesslich verlief alles im Sand, weil Hans Zbinden weder von der Parteileitung noch vom Sekretariat eine operative Unterstützung erhielt. Mit anderen Worten: Es fehlten die (personellen und finanziellen) Ressourcen bzw. die Bereitschaft, diese Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die damalige Haltung des Führungsduos Bodenmann/Daguet kann in der «Roten Revue» 1/96 nachgelesen werden.

Am Parteitag vom Juli 1997 wurde Ursula Koch von den Delegierten nicht zuletzt deshalb gewählt, weil sie versprach, dieses Thema endlich anzupacken. Da inzwischen auch im Kanton Zürich eine Handvoll Personen aktiv wurden und eine Tagung zum Thema Grundwerte durchführten, konnten sich wenigstens einige Leute vernetzen, denen die Debatte am Herzen lag. Hinzu kamen GenossInnen, die sich von Ursulas Vorträgen in den Sektionen motivieren liessen, ebenfalls mitzuarbeiten. Dieser informelle Personenkreis, «Spurgruppe» genannt, traf sich während eines Jahres monatlich in Zürich (manchmal auch in Bern). Ohne irgendeine offizielle Legitimation erarbeitete die Gruppe innert eines halben Jahres gemeinsam einen Projektvorschlag, Budget inklusive. Grundidee: Eine Programmkommission solle eine Diskussionsvorlage sowie «geeignete, kreative Methoden zur Durchführung der Programmdiskussion» erarbeiten. Wesentlicher Punkt: Die Vorlage «soll nicht bereits den möglichen Inhalt des Parteiprogrammes vorgeben», sondern lediglich Denkprozesse und Diskussionen in den Sektionen anregen. In den Diskussionsprozess wären aber ebenso sehr alle übrigen Gruppierungen innerhalb der Partei (ExekutivlerInnen, JUSO, ParlamentarierInnen etc.) einzubeziehen wie auch interessierte externe Bewegungen und Institutionen.

Dieses Vorgehen hebt sich bewusst ab von der Art, wie sonst in der SP «Papiere» verabschiedet werden: Ein Fachgruppli schreibt ein Papier, das den Sektionen zur Reaktion verschickt wird. Die Erfahrungen zeigen, dass sich nur einige wenige Leute überhaupt die Zeit nehmen, sich mit solchen Texten auseinanderzusetzen – eine nicht sehr nachhaltige Methode für die Entwicklung eines Parteiprogramms. Unsere Auffassung war und ist, zunächst einmal eine Grundsatzdiskussion unter den Mitgliedern zu initiieren: Wofür steht die SP heute? Wohin wollen wir? Wie sehen die Werte aus, für die wir uns einsetzen

wollen, und welche Schwierigkeiten entstehen beim Versuch, diesen Werten auch in der praktischen Politik zu folgen? Welche Widersprüche und Spannungsfelder entstehen? usw. Mit anderen Worten: Es geht um den Versuch, die «Neue Unübersichtlichkeit» (Jürgen Habermas) zu erst einmal bewusst zu machen und sie untereinander zu thematisieren. Welche Deutungsmuster benutzen wir, um die im Zuge der «Globalisierung» rasend schnell sich verändernde Welt (und Schweiz) zu erklären?

Dahinter steht eine Überlegung, die sich an der Diskursethik orientiert: Die Verbindlichkeit von Werten kann heute einzig durch einen Verständigungsprozess der Beteiligten hergestellt werden. Wegen des Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozesses können in der gegenwärtigen Gesellschaft (Partei-)Werte nicht (mehr) über Letztbegründungen in einer Ideologie bzw. Religion verbindlich gemacht werden, sondern einzig durch das Einverständnis der Menschen untereinander. In diese Verständigungsprozesse spielen zwar verschiedene Ideologien hinein, aber die Stärke einer solchen Verständigung liegt gerade darin, dass die Ansichten nicht unhinterfragt bleiben, sondern rational begründet werden müssen. Das ist ein urdemokratisches Verfahren und unterscheidet sich fundamental vom elitär-autokratischen Vorgehen der Herren Blair und Schröder.

Unser äusserst ehrgeiziges Projekt verlangt eine professionelle Koordination. Darum rechneten wir auch mit einem/einer ProjektleiterIn, der/die für drei Jahre mit einem halben Pensum angestellt werden sollte. Und damit sind wir wieder beim Geld und den personellen Ressourcen: In Anbetracht der Finanzlage der SP und der damals bevorstehenden NR-Wahlen hatte nicht nur Ursula Koch, sondern die Mehrheit der Kommission die Befürchtung, dass unser Projekt abgelehnt werden könnte. Die Strategie war,

zunächst einmal von der Geschäftsleitung und dem Schweizerischen Parteivorstand die Programmkommission offiziell einsetzen und den Projektbeschrieb verabschieden zu lassen. In einem nächsten Schritt sollte die Kommission dem PV ein Finanzierungskonzept vorlegen. Dieses Vorgehen wurde vom Parteivorstand im Juni 1999 bewilligt. Die Kommission ist inzwischen eingesetzt, die Finanzierung jedoch noch offen.

Das fehlende Geld erwies sich für die weitere Arbeit der Kommission allerdings als schweres Hindernis: ohne Geld keine professionelle Leitung des Projekts und damit weiterhin nur monatliche Zusammenkünfte von «Feierabend-AktivistInnen». Es tauchten dann die typischen Symptome des Milizsystems auf: Praktisch alle Kommissionsmitglieder waren in den Nationalrats-Wahlkampf eingespant, so dass die Energie für ein zielstrebiges und beharrliches Vorgehen in der Kommission fehlte. Das hatte zwei wichtige Konsequenzen: Die Mitarbeit in der Programmkommission wurde auf Beschluss des PV zwar ausgeschrieben, allerdings «nur» in einem «Sektions-Info», weshalb das Echo praktisch gleich Null blieb. Vor allem meldeten sich auf diesem Weg – wenn wundert's – keine prominenten Parteimitglieder. Hier hätte jemand darauf bestehen müssen, dass die Mitarbeit in der Kommission mehrfach und an prominenten Orten ausgeschrieben wird – die Parteizentrale erachtete dies offenbar nicht von sich aus als ihr Anliegen.

Heute befinden wir uns am entscheidenden Punkt: Eine Lancierung der Grundwertediskussion an der Basis ohne professionelle Koordination scheint mir eine Sisyphusarbeit zu werden. Zwar finde ich es immer noch richtig, die Diskussion in den Sektionen voranzutreiben, aber ohne Geld werden wir auch noch in 10 Jahren nicht weiter sein. Anstatt die «Schuld» an dieser unbefriedigenden Situation auf

unsere Präsidentin abzuwälzen, werde ich an der nächsten Sitzung ein Finanzierungskonzept vorstellen. Wie gross die Realisierungschancen angesichts der angespannten Finanzen der SP allerdings sind, wird sich zeigen, wenn die zuständigen Gremien darüber entscheiden müssen.

Die Hauptfrage lautet nicht, was Ursula Koch möglicherweise für bewusste und vielleicht sogar unbewusste Motive hat, dass sie sich für die Grundwertediskussion engagiert. Die Gretchenfrage lautet: Will die Partei ein Parteiprogramm, in welcher Form soll es erarbeitet werden, wer trägt den Prozess mit, und was ist die Partei bereit, dafür an Ressourcen zur Verfügung zu stellen?

«Dritter Weg» versus «Weltinnenpolitik»?

Aus dem beschriebenen Verfahren, wie die Programmdiskussion nach Vorstellung der Kommission geführt werden soll, ist hoffentlich deutlich geworden, dass es sich dabei um ein äusserst offenes Vorgehen handelt. Es gibt keinerlei inhaltliche Vorgaben; somit können alle Positionen, auch jene von Schröder/Blair, diskutiert werden. Der zentrale Punkt liegt darin, dass wir in den Diskussions- und Verständigungsprozessen überhaupt erst gezwungen werden, unsere selbstverständlichen Annahmen darüber, wie die Welt ist, zu problematisieren. Entscheiden soll das «bessere Argument».

Persönlich glaube ich allerdings nicht, dass uns das Schröder-Blair-Papier weiterbringt. Das Papier «verdinglicht» den Globalisierungsprozess (d.h., er wird als natürlicher Vorgang aufgefasst, den die Menschen nicht beeinflussen können). Beispiel: «Um in der heutigen Welt ein grösseres Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu erreichen, müssen Volkswirtschaften anpassungsfähig sein: Flexible

Märkte sind ein modernes sozialdemokratisches Ziel» (Schröder-Blair-Papier, S. 9). Mit dieser Verdinglichung gewinnt der sog. «Dritte Weg» gegenüber dem Neoliberalismus etwas Entscheidendes: Er muss die notwendigen Anpassungsschritte an den globalen Weltmarkt nicht (wie der Neoliberalismus) als Zwang der «Standortsicherung» verkaufen, denen ein (im Grunde machtloser) Nationalstaat ohnehin ausgeliefert ist, sondern er wendet den Zwang zum positiven, selbstgewollten und anzustrebenden Zustand um. (Im Sinne von: Was wir sowieso müssen, können wir auch gleich freiwillig anstreben.) Letztlich können Schröder und Blair durch die Verdinglichung des Globalisierungsprozesses ihre politische Kapitulation vor den Mechanismen des Weltmarktes verschleiern. Aus diesem Grund brauchen sie z.B. auch die weltweite Ungleichheit in der Reichtumsverteilung mit keinem Wort zu erwähnen.

Die zentrale Frage lautet: Wie soll die Gestaltung der Welt (bzw. unseres Lebensraums) und die Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen gesteuert werden? Ausschliesslich über das Wirtschaftssystem (KundInnen-ProduzentInnen-Beziehungen, vermittelt durch das Medium Geld), oder soll auch das politische System (also der demokratische Zusammenschluss von Menschen, bei dem jeder und jede als StaatsbürgerIn idealerweise gleich viel Gewicht haben kann) seine Rolle in der globalisierten Gesell-

schaft übernehmen? Und wenn ja, wie soll dies erreicht werden? Wenn wir über die Möglichkeiten zur Gewinnung einer «Weltinnenpolitik» (Carl Friedrich von Weizsäcker) nachzudenken beginnen, scheint mir die SP für die Zukunft besser gewappnet zu sein, als wenn sie sich auf den schwadronösen «Dritten Weg» fixiert:

«Die Reregulierung der Weltgesellschaft hat bisher nicht einmal die Gestalt eines exemplarisch, an Beispielen erläuterten Projektes angenommen. Seine ersten Adressaten sind nicht Regierungen, sondern Bürger und Bürgerbewegungen. Aber soziale Bewegungen kristallisieren sich erst, wenn sich für die Bearbeitung von Konflikten, die als ausweglos empfunden werden, normativ befriedigende Perspektiven öffnen. Die Artikulation einer Blickrichtung ist auch die Aufgabe von politischen Parteien, die sich noch nicht ganz aus der Bürgergesellschaft ins politische System zurückgezogen und darin verbarrikadiert haben. Parteien, die sich nicht am status quo festkrallen, brauchen eine Perspektive, die über diesen hinausreicht. Und der status quo ist heute nichts als der Strudel einer sich selbst beschleunigenden Modernisierung, die sich selbst überlassen bleibt» (Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation, Frankfurt a.M. 1998, S. 168).

Mit herzlichem Gruss
Sonja Rüegg

Lieber Tobias

Ja, auch nach mehrmaligem Lesen komme ich zum gleichen Schluss: Schade, dass Du Deine Meinung nicht in die Programmkommission eingebracht hast. Gelegenheit dazu wäre ja vorhanden gewesen – ich habe unsere Vorsitzende nie als gängelnd empfunden. Schade, dass Du jetzt Deine eigene Grundwertedebatte so dezidiert gegen Ursula Koch organisierst. Also gut!

Reinhild Traitler

Drei Punkte in Deiner Polemik treiben mich um:

1. Der erste ist Deine Karikatur des Basisbezugs, um den es Ursula Koch geht. Wenn ich das Anliegen richtig verstehe, sollte die Grundwertedebatte einen breiten Konsultationsprozess an der Basis in Gang bringen. Uns schwebte dabei sogar vor, dass dieser Prozess nicht bloss die SP-Mitglieder erreichen, sondern darüber hinaus in diesem Land einen Augenblick «politischer Besinnung» darstellen würde. Die Grundwertediskussion sollte mit möglichst vielen Menschen auf möglichst vielen Handlungsebenen herauszufiltern versuchen, welche «Lebensqualität» im weitesten Sinn des Wortes unserer Gesellschaft heute und in der näheren Zukunft etwas «wert» ist, d.h., wofür Menschen auch bereit wären, etwas einzusetzen.

Bei Dir spüre ich ein Misstrauen gegenüber diesem Versuch, der Basis etwas zuzutrauen. Schon Dein Bild von der Impfkampagne finde ich reichlich seltsam: Das Gespräch in den Sektionen ist doch nicht als Warnkampagne gegen das Gift des Neoliberalismus gedacht, sondern als Versuch des Dialogs. Zuzuhören, wo das Herz schlägt, am Puls der Zeit zu sein, neue Töne wahrzunehmen, wäre die Aufgabe solcher Veranstaltungen. Das Gehörte sollte dann einfließen in einen neuen Entwurf eines Grundsatzprogramms.

Die Frage, ob man das auch umgekehrt machen kann – die Parteienomenklatur verfasst ein Programm und «verklickert» es der Basis – ist berechtigt. Man kann. Es würde auf seine Weise auch funktionieren, vielleicht sogar besser funktionieren. Aus langjähriger Erfahrung des «Verklickerkerns» weiss ich aber auch, dass Menschen schwerer zu motivieren sind für Ideen, an deren Entstehung sie nicht irgendwie beteiligt waren.

Natürlich hat der Prozess, den wir gewählt haben, auch seine Tücken. Er ist viel komplexer, weil ja verschiedene Ebenen (Basis, unabhängige SpezialistInnen, verschiedene Interessenvertretungen etc.) eingebunden werden müssen. Auch stimmt, dass die Programmkommission in ihrem Mix einen Teil Parteienomenklatur vertragen würde. Schliesslich: Da ist immer die Gefahr, dass etwas verlorengelht, dass sich nicht alle SpielerInnen eingebracht haben, dass jenes «ungehemmt schäumende Leben» überhaupt nicht entstanden ist, «das auf tausend neue Formen verfällt, schöpferische Kraft erhellet ... und selbst alle Fehlgriffe korrigiert» (so Rosa Luxemburg in ihrer Schrift über die Russische Revolution, die sich schon 1918 mit der Frage auseinandersetzte, ob die Avantgarde der Partei oder breite Volksmassen das politische Leben zu gestalten hätten). Eine solche Grundwertedebatte von unten nach oben ist darüber hinaus wenig getestet und finanziell aufwendig.

2. Und hier stehe ich vor einem Rätsel. Da ist eine Parteipräsidentin, die u.a. aufgrund des Versprechens, eine Grundwertedebatte in Gang zu setzen, gewählt wurde. Was vermuten lässt, dass die Partei das will. Sobald sie aber die dafür nötigen Mittel braucht, gibt es keinen roten Rappen. Die inhaltlichen, pädagogischen und organisatorischen Konzepte, wie die Debatte in Gang zu setzen sei, wurden von der Programmkommission erarbeitet und liegen seit gut einem Jahr vor. Alle sind

sich einig, dass es eine/n bezahlte/n Koordinator/in braucht, und KandidatInnen, die sich dafür bewerben würden, gäbe es sicher. Aber es gibt kein Geld, was zu dem eigenartigen Spektakel führte, dass die Präsidentin der SP in einem der reichsten Länder der Welt bei der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung um Rat anknöpfen muss, wo und wie denn eine Grundwertedebatte in der Schweiz zu berappen wäre!

3. Unverständlich finde ich auch Deine Attacke gegen die wertkonservative Haltung der Kommissionsmitglieder. Niemand in dieser Gruppe, auch nicht Ursula Koch, spielt die Rolle eines apokalyptischen Reiters gegen den Neoliberalismus. Man muss kein Fundi sein, um im Schröder-Blair-Papier unerträgliche Widersprüche zu entdecken, etwa das Lippenbekenntnis zu den alten Werten der Sozialdemokratie einerseits und eine nahezu völlige Unterwerfung unter die Interessen und Bedürfnisse einer globalisierten Wirtschaft andererseits.

Du schreibst, dass historisch betrachtet, «die Partei immer dann stark (war), wenn sie sich im Gleichschritt mit den gesellschaftlichen Veränderungen selbst auch veränderte». Das ist ein durchaus ambivalenter Satz. Man könnte nämlich auch sagen, dass es den sozialdemokratischen Parteien Europas genau aus diesem Grund auch immer wieder schlecht gegangen ist, nämlich dort, wo aus dem sozialdemokratischen Grundwertekonsens dieser oder jener wichtige Wert herausgebrochen und sekundär behandelt worden ist.

Dass es Veränderungen braucht, ist doch allen klar. Für mich liegen die aber nicht in der Akzeptanz eines kalorienarmen Neoliberalismus light, sondern eher in einem Neuansatz beim Menschenbild. Was trägt es für die Schönheit und Würde des Lebens aller aus, dass wir bestimmte Grundwerte noch einmal ganz neu zu buchstabieren versuchen?

Darüber sollten wir reden, allenfalls auch streiten, aber bitte doch nicht das «Hackl» ins Kreuz von Personen werfen!